

RS Vwgh 2009/3/5 2008/16/0178

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 05.03.2009

Index

- 20/01 Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch (ABGB)
- 22/01 Jurisdiktionsnorm
- 22/02 Zivilprozessordnung
- 27/03 Gerichtsgebühren Justizverwaltungsgebühren

Norm

- ABGB §1380;
- GGG 1984 §14;
- GGG 1984 §18 Abs1;
- GGG 1984 §18 Abs2 Z2;
- JN §58 Abs1;
- ZPO §204;

Hinweis auf Stammrechtssatz

GRS wie 99/16/0507 E 13. April 2000 RS 1

Stammrechtssatz

Schließen die Parteien im Zuge eines zivilgerichtlichen Verfahrens einen Vergleich, so richtet sich die Bemessungsgrundlage nach dem Wert der Leistung, zu der sich die Parteien verpflichtet haben (Hinweis Tschugguel/Pötscher, Gerichtsgebühren unter E 6 zu § 18 GGG). Wesentlich ist allein die gerichtlich protokollierte Vereinbarung, die eine Verfügung über materielle Rechte enthält und zum Zweck der Beendigung des Rechtsstreites (siehe die Definition des Vergleiches bei Fasching, Lehrbuch des Zivilprozessrechtes/2, RZ 1324) getroffen wurde. Die Verwendung des Wortes "verpflichtet" ist zur Auslösung der Gebührenpflicht nicht erforderlich, die Verpflichtung kann auch durch eine andere Formulierung ausgedrückt werden (Hinweis E 19.2.1998, 97/16/0384).

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2009:2008160178.X01

Im RIS seit

15.04.2009

Zuletzt aktualisiert am

22.07.2009

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at